



Antwort zur Anfrage Nr. 0256/2013 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend **Ermittlung der Arbeitsstunden beim Tag der offenen Tür (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Ist es richtig, dass die Verwaltung per Mail die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebeten hat, die Arbeitsstunden am „Tag der offenen Tür“ auf diesem Wege mitzuteilen?

Ja.

2. Wenn ja, wie kommt die Verwaltung auf eine solch hohe Bearbeitungszeit?

Person	Tätigkeit
Sachbearbeiterin Hausverwaltung Rathaus	Feststellung, welche Ämter und Dezernate beteiligt waren. Die Namen der beteiligten Personen waren Amt 10 nicht bekannt, da die Einteilung auf freiwilliger Basis und auf Ämterebene erfolgte.
Abteilungsleitung Gremien und zentrale Dienste	Anschreiben an die Amtsleiter der beteiligten Ämter und an die beteiligten Dezernate (insgesamt 20), Nachfragen beantworten, erinnern, Weiterleitung der Antworten etc.
Vorzimmer Abteilungsleitung	Anlegen einer Liste, Sammeln der Antworten, Feststellen der Zwischenstände und der Summe
Amtsleiter und Dezernatssachbearbeiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Feststellen, wer in ihrem Bereich beteiligt war. Diese Personen wurden angesprochen und mussten dann anhand ihrer Zeitskarte (die nicht mehr in ihrem Besitz war) feststellen wie lange sie im Dienst waren. Die Zeiten wurden an den Amtsleiter gemeldet, der sie wiederum gesammelt an das Amt 10 gemeldet hat.
Amt 10	Lesen und Abstimmen der Antwort
Vorzimmer, Botenmeisteri	Unterschrift einholen, kopieren, versenden
Summe	15 Stunden

3. Welchen Sinn hat die Verwaltung damit bezweckt, in der Beantwortung der mündlichen Zusatzfrage eine nur schwer nachvollziehbare Bearbeitungszeit anzugeben?

Auch das Errechnen des Zeitaufwandes für eine Bürgerveranstaltung bedeutet Zeitaufwand, so wie die Beantwortung dieser Anfrage ebenfalls Ressourcen der Verwaltung beansprucht.

Es obliegt dem Rat, zu werten, ob ein solcher Zeitaufwand gerechtfertigt ist oder besser für wichtigere Aufgaben zur Verfügung steht.

Im Übrigen wurde in der betreffenden Stadtratssitzung seitens der Verwaltung die Berechnung des Aufwandes angekündigt.

Mainz, Februar 2013
gez.

Michael Ebling